

Basler Zeitung BaZ vom 25. Juni 2005

Die USA streiten mit der Unesco – Kultur als politischer Zündstoff

Thomas Waldmann

Staaten sollen nach dem Willen der Unesco das Recht haben, Film und Rundfunk zu fördern. Anhänger der Liberalisierung kultureller Dienstleistungen lehnen dies ab. Der von der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) jüngst erarbeitete Entwurf für eine Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt vor Folgen der Globalisierung fand unterschiedliches Echo. Die Kulturministerien Kanadas und Frankreichs sind erfreut. Kultur fände Eingang in internationales Recht; Staaten müssten souverän kulturelle Vielfalt im Land fördern können.

TÜRE ZUGEKNALLT. Die USA weisen den Entwurf zurück. Die US-Delegation in Paris habe der Unesco die Tür zugeknallt, schrieb die Zeitung «Libération». Robert S. Martin, Direktor des US-Instituts für Museums- und Bibliotheksdienste, erklärte, in der vorliegenden Form gefährde die Konvention die dank Kultur mögliche Entwicklung vieler ärmerer Länder. Ab 2006 möchte die Welthandelsorganisation (WTO) kulturelle Dienstleistungen liberalisieren. Mit der Konvention versucht die Unesco zu erreichen, dass Handelsverträge den Schutz nationaler Kulturproduktion berücksichtigen müssen. Im Zentrum stehen die staatliche Förderung von Film, Medienvielfalt, öffentlich-rechtlichem Radio und Fernsehen. Zudem geht es um den Schutz regionaler Kulturwerte – auch von Minderheiten – vor Vernachlässigung und Uniformierung durch mächtige Kulturindustrie. Die USA lehnen den Artikel ab, laut dem die Konvention auf gleicher Stufe wie andere internationale Verträge stehen soll und Konflikte im Schoss der Unesco verhandelt werden müssten. Sie wehren sich gegen die Definition von Kultur als Ausdruck von Identität und gegen die internationale Solidarität zur Förderung der Kultur in Entwicklungsländern. Das ist pikant, da die USA, als sie nach 19 Jahren Abwesenheit 2003 wieder der Unesco beitraten, den Wert kultureller Vielfalt als Grund anführten, um wieder mitzuarbeiten. Doch sie wollen wie die WTO die Liberalisierung audiovisueller Medien vorantreiben. Gerüchte, der Streit führe zum Wiederaustritt der USA aus der Unesco, wurden bisher dementiert.

POLITISCHE POSITIONEN. Die Mehrzahl der Mitgliedsländer befürwortet die Konvention, die im Herbst verabschiedet werden soll. Die Reaktionen spiegeln manche politische Position. Dass Frankreich und Kanada die Frankophonie und die englisch-kanadische Kultur – gerade gegenüber dem US-Einfluss – bewahren wollen, verwundert nicht. Umgekehrt kritisiert zum Beispiel Israel die Bestimmung, die Staaten müssten über den Zustand der kulturellen Vielfalt im eigenen Territorium regelmässig berichten. Im Schweizer Bundesamt für Kultur hofft man auf einen Dialog zwischen Wirtschaft und Kultur.